

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 88 (1994)
Heft: 3

Artikel: Südafrika - Wandlungen - Hoffnungen
Autor: Altwegg, Leni
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143821>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Südafrika – Wandlungen – Hoffnungen

Leni Altwegg, die Autorin des folgenden Beitrags über die aktuelle Situation in Südafrika, hat schon zehn Reisen in dieses Land unternommen, zwei davon in kirchlicher Mission, zwei weitere als Leiterin einer Reisegruppe von AUDIATUR. Seit ihrem ersten Besuch 1970 ist Leni Altwegg in der Anti-Apartheid-Bewegung tätig. Wegen ihrer Kritik an Südafrikas rassistischem Minderheitsregime durfte sie das Land 1988 bis 1992 nicht mehr besuchen. Ihre Eindrücke von der bislang letzten Südafrika-Reise im Oktober 1993 zeigen, mit welchen Ängsten, aber gleichzeitig auch Hoffnungen sie den ersten allgemeinen und freien Wahlen am 26. bis 28. April 1994 entgegenblickt. Im Auftrag des «Ecumenical Monitoring Programme in South Africa» (EMPSA) wird Leni Altwegg diese Wahlen zusammen mit 20 Frauen und Männern aus der Schweizer Kirche begleiten. Red.

Verlorene Faszination?

Südafrika hat seine Faszination, die es zum politischen Dauerbrenner werden liess, weitgehend verloren – ausser bei den «Liebenden», zu denen ich gehöre. Warum? Natürlich drängen sich andere, schlimmere, nähere Krisengebiete in unser Bewusstsein. Aber manchmal frage ich mich doch, ob die bescheiden gewordene Medienpräsenz auch der Tatsache zuzuschreiben ist, dass Südafrika selber seiner «Spezialität Apartheid», der gesetzlich verordneten und systematisch durchgesetzten Rassentrennung, abschwört, die es zum Paria unter den Völkern gemacht hat. Auch massivste Menschenrechtsverletzer konnten früher immer noch mit Fingern auf die Bösen am Kap der Guten Hoffnung zeigen.

Jetzt läuft in Südafrika ein Prozess ab, der trotz der spektakulären Gewaltszene beispielhaft werden könnte. Die Hunderte von Toten täglich – immer noch tendenziös als «Gewalt von Schwarz gegen Schwarz» bezeichnet – könnten leicht das weniger spektakuläre, aber meiner Meinung nach vielversprechende Potential an politischer Vernunft und Menschlichkeit vergessen lassen, mit dem der ehemalige Erzfeind *African National Congress (ANC)* der

Regierung Punkt für Punkt die Demokratisierung abringt. «Ohne Revolution, sondern auf dem Verhandlungsweg – wo hat es das zuletzt gegeben?» Ich denke, es ist berechtigter Stolz, mit dem Präsident *de Klerk* diese Frage stellt, auch wenn er bisheriges Gelingen weitgehend seinem wahrhaft charismatischen Verhandlungspartner *Mandela* verdankt.

Gewalt und Friedensbemühungen

Noch kaum jemals war ich denn auch so hin- und hergerissen zwischen Angst und Hoffnung wie bei meiner letzten Reise im Oktober 1993. Angst – diesmal ganz unmittelbar, zum Beispiel, an einer Ansammlung von Schwarzen vorbeizugehen. Mein altvertrautes Hotel in der City von Johannesburg wurde zum Gefängnis: Man steigt vom Hotel ins Taxi und vom Taxi ins Hotel. Xmal täglich heulen die Polizeisirenen. Nachts trifft man auf Ansammlungen von Polizei und Zivilpersonen um Menschen herum, die am Boden liegen. Der Vergleich mit New York und Chicago fällt oft, aber offenbar ist die statistische Kriminalitätsrate hier noch höher. Bei 40 bis 80 Prozent Arbeitslosen in schwarzen Wohngebieten kein Wunder. Angst – in Siedlungen, wo ich letztes Jahr noch unbe-

schwert ein- und ausging und Leute besuchte, wird mir der Zutritt verwehrt: zu gefährlich, wenn man weiss ist.

Aber: Ich treffe eine Psychologieprofessorin der Johannesburger Universität. Sie heisst *Gill Straker*, ist jung, blond, mit strahlend blauen, warmen Augen. Seit einigen Jahren arbeiten sie und ihr Team fast ausschliesslich mit gewaltgeschädigten Jugendlichen. Ihr Fazit: Die Arbeit lohnt sich – nur die allerwenigsten möchten kein «normales» Leben führen, ohne Gewalt, und wären nicht bereit, dafür einen Einsatz zu leisten. Nur mehr Therapeutinnen und Therapeuten müssten es sein! Gill hat ein Buch geschrieben, das sehr lesenswert und auch auf deutsch erschienen ist: «Gesichter in der Revolution» (Wurf-Verlag, D-4417 Altenberge).

Friedens-Nobelpreis an de Klerk und Mandela! Wenige Tage vorher wurden in der Transkei fünf Jugendliche erschossen, offensichtlich nicht ohne Wissen höchster Stellen. Wer wo gegen wen kämpft, und vor allem in wessen Auftrag, ist meist sehr schwer auszumachen; und zu behaupten, die Polizei gebe sich grosse Mühe bei der Aufklärung, wäre übertrieben. Richter Goldstone, Chef der unabhängigen Untersuchungskommission, ist überzeugt, dass hinter einem grossen Teil der *Gewaltakte bewusste Politik* steckt – vor allem von Leuten, welche die gegenwärtige Entwicklung verhindern möchten. Sie kommen durchaus nicht alle aus demselben Lager, man identifiziert sie jedoch selten.

Aber: Dass Richter Goldstone seine Arbeit ungehindert tun und veröffentlichen kann, auch wenn die Indizien auf höchste Stellen hinweisen, dass *Zeitungen* offen schreiben, auch schärfste Kritik an der Regierung üben können, dass die *Zusammenarbeit von Schwarz und Weiss* auf höchster Ebene schon selbstverständlich geworden ist, dass auch der Mittelstand Leute nicht mehr nach Rasse, sondern nach Leistung beurteilt, und dass es in aufgeklärten Kreisen bereits als «schick» gilt, einen andersfarbigen Partner oder eine andersfarbige Partnerin zu haben, dass der Anteil der Polizisten, die in den eigenen

Reihen Ordnung machen möchten, ständig wächst, und so vieles mehr, ist für mich manchmal noch kaum fassbar.

Demokratisierung an der Basis

Diejenigen, die versuchen, den Demokratisierungsprozess zu unterlaufen, sind zum grossen Teil Leute, die befürchten, mit einer zentralen und gemischten Regierung ihre bisherigen Privilegien zu verlieren. Keine Privilegien zu verlieren haben die *untersten Schichten* der Slum- und Landbewohner. Ihnen geht es schlechter denn je. Gerade weil sie nichts zu verlieren haben, sind sie ein gefährliches Potential – anfällig für Kriminalität und Gewalt. Was «die da oben» verhandeln, interessiert sie nicht – sie spüren und verstehen auch nichts davon. Daneben grassieren die unwahrscheinlichsten Erwartungen: «Wenn Mandela Präsident wird, haben wir alles, was wir brauchen.» «Wollen Sie nicht mit uns Tee trinken kommen, Madame?» lädt mich ein schwarzer Gartenarbeiter in Abwesenheit seines Chefs in die Villa ein. «Wissen Sie, nach den Wahlen ziehen ohnehin wir dort ein.» Man möchte weinen.

Aber: Die Bemühungen, das *Bewusstsein an der Basis* zu fördern, sind auf vielen Ebenen enorm. Die Universitäten, sogar das ehemals berüchtigte Stellenbosch, aus dem fast alle Politiker kommen, bilden Kader aus für die politische Schulung der Basis, bieten «Demokratie-Kurse» an, die immer kombiniert sind mit Aufbau-Projekten und die Eigenverantwortung fördern. Soziale Institutionen, Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, aber auch einige Regierungs-Organisationen arbeiten auf Hochtouren an ähnlichen Zielen – mit Kompetenz, wenn auch oft mit beängstigender Hektik. Alle wissen: Das Ganze kann nur gelingen, wenn es gelingt, die Gewalt einzudämmen.

Auch hier verschiedenste breit angelegte Bemühungen. Organisationen zur *Friedenssicherung und Gewalteindämmung* werden geschaffen und auch laufend verbessert. Wer ihre «Ineffizienz» kritisiert, vergisst leicht, in welch atemberaubenden Tempo dieser Wechsel in ein total verschie-

denes Gesellschaftssystem vor sich geht und gehen muss, und dass es gar nicht möglich ist, im gleichen Tempo alle Herzen zu wandeln. Wichtig wäre ja gerade, dass die Gewalt nicht wieder durch ein Gewalt-diktat bekämpft wird. Kirchen und Nicht-regierungs-Organisationen haben hier eine immense Aufgabe. Aber auch dass die ehemals selbstherrliche und kritikempfindliche Regierung fremde Beraterinnen und Beobachter nicht nur zulässt, sondern mehr und mehr mit ihnen zusammenarbeitet, ist ein Hoffnungszeichen.

Das «Ecumenical Monitoring Programme»

Eine dieser Organisationen, vom *Südafrikanischen Kirchenrat* und der *Bischofskonferenz* in Wahrnehmung ihrer Friedensaufgabe ins Leben gerufen, ist das «Ecumenical Monitoring Programme in South Africa» (EMPSA). Seit September 1992 werden laufend «Monitoren» («Beobachter») ist eine ungenügende Übersetzung) aus aller Welt an neuralgischen Stellen eingesetzt, die, wenn Gewalt droht, mit allen Parteien reden und manchmal durch ihre blosse Gegenwart – sie sind gut sichtbar gekennzeichnet – eine gewisse Beruhigung bewirken.

Zu meiner grossen Freude sind die *Schweizer Kirchen* in dieses Programm eingestiegen. Mehr als 20 Frauen und Männer verbringen seit September 1993 je um die 6 Wochen an einer der Einsatzstellen in Südafrika, die letzte Equipe – darunter auch ich – zur Zeit der Wahlen, von Anfang April bis Anfang Mai. Die Finanzierung ist gesichert, und – wie wohl das tut! – wir, die Schweiz, haben für die Auswahl und die Vorbereitung unserer Monitoren und Monitorinnen grosses Lob erhalten. Wir – das kirchliche Organisations-Komitee von «EMPSA/CH», haben auch einige Grund anzunehmen, dass der grosse Einsatz des Bundes auf die Wahlen hin – 100 UNO-Beobachter! – nicht ohne den Einfluss unseres «Erfolges» zustande kam, auch wenn die Medien bestimmt weniger über unsere Arbeit berichten werden.

In Südafrika haben die – im Vergleich zum Bedarf – noch immer viel zu wenigen EMPSA-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter ein erstaunlich breites Echo und eine gewisse Sog-Wirkung. Wir hoffen ausserdem, dass die Berichte der zurückgekehrten Schweizerinnen und Schweizer, die bisher recht begeistert klangen, auch das Interesse für die *Solidaritätsarbeit* mit Südafrika wieder vermehrt wecken werden. Solidarität war nie nötiger als jetzt, und noch nie so hoffnungsvoll.

Die Wahlen

Wenn dieses Heft herauskommt, ist das Datum der ersten allgemeinen Wahlen in Südafrika vom 26. bis 28. April 1994 nähergerückt. Während ich schreibe, ist noch (fast) alles offen – sogar, ob sie wirklich dann stattfinden werden. Auch wenn ein weitgehender Konsens darüber besteht, dass der negative Fall eine absolute Katastrophe bedeuten würde. Aber die Mitglieder der «*Freiheitsallianz*», einer Vereinigung weisser und schwarzer Rechtsparteien, haben sich bisher nicht zur Teilnahme entschliessen können, und in einigen Tagen läuft die Anmeldefrist ab. Ihr Abseitsstehen habe noch unabsehbare Folgen – bis zu eigentlichen Kriegshandlungen, fürchten einige.

Es ist ja ohnehin kaum vorstellbar, wie 21 bis 28 Millionen Menschen, von denen die meisten noch nie in ihrem Leben gewählt haben, innerhalb einiger Monate auf einen *demokratischen Prozess* vorbereitet, mit Identitätskarten versehen, über den nächsten Standort einer Wahlurne orientiert und überdies versichert werden sollen, dass ihre Stimme wirklich geheim bleibt. Daran wird auch die Rekordbeteiligung ausländischer Beobachter und Beobachterinnen wenig ändern. Immerhin – man hat von Namibia, Angola und Moçambique gelernt. *Buthelezi* hat zu wenig Macht, um ein Savimbi zu werden. Aber er befindet sich in einem Teufelskreis: *Buthelezi* ist sich bewusst, dass ihm sein Anteil an Wählern und Wählerinnen kaum einen Sitz im Kabinett garantiert – darum will er Zeit

gewinnen. Aber mindestens vorläufig arbeitet die Zeit gegen ihn. Hofft er auf ein Wunder? Oder darauf, den andern die Suppe auch so noch versalzen zu können? Buthelezi ist mimosenhaft empfindlich, und wie er auf eine Niederlage reagieren wird, ist unabsehbar.

Auch die *Buren*, die um ein rein weisses «Homeland» kämpfen – bei der gebietsmässigen Durchmischung ein Ding der Unmöglichkeit –, sind gefährlich. Ihre Zahl ist zwar eher klein, aber sie sind bis an die

Zähne bewaffnet, und ihre «vaterländische Entschlossenheit» erinnert an den Burenkrieg.

Man könnte sich ja überhaupt fragen, warum sich die Parteien so an die Macht drängen; denn auf die künftige Regierung kommt ein solcher Berg von Problemen zu, dass sie wahrlich nicht zu beneiden ist. Trotzdem ist wohl ein deutlicher *Sieg des ANC* das wünschbarste Resultat – und die Voraussagen lassen hoffen!



Das System hat den Rassismus derart auf die Spitze getrieben, dass es einen tiefgehenden Durst nach seinem Gegenteil, nach Nichtrassismus, erzeugt hat. Die Menschen, die so lange Zeit derart unter einem System gelitten haben, das jeden und jede entsprechend der Rasse, Hautfarbe und Volkszugehörigkeit klassifiziert, werden solche Unterscheidungen nicht länger dulden. Sogar die Vielrassigkeit wird nun verworfen. Vielrassigkeit ist keineswegs dasselbe wie Nichtrassigkeit. In einer vielrassischen Gesellschaft oder Regierung sollen alle rassischen und ethnischen Gruppen gleich sein. Doch das nichtrassische Ideal, das sich entwickelt, verbreitet und in der Tat Wurzeln im Volk von Südafrika geschlagen hat, ist im Gegensatz zum System das Ideal einer Gesellschaft, in der Rasse, Hautfarbe und Volkszugehörigkeit völlig irrelevant sind. Gemäss der Freiheitscharta gehört Südafrika «allen, die darin leben, Schwarzen und Weissen», und in Zukunft soll jeder «das gleiche Recht unabhängig von Rasse, Geschlecht oder Hautfarbe» haben...

Unsere Zukunft wird nicht unterdrückerisch und entfremdend sein. Mit anderen Worten, das einzige, was wir im Blick auf die Zukunft nicht zu fürchten brauchen, ist jene Art Machtübernahme, durch die eine Gruppe einfach die gegenwärtigen Herrscher auswechselt und dabei dieselbe Gestalt des Systems beibehält, so dass die Menschen gleich welcher Hautfarbe als Objekte manipuliert werden. Diese Möglichkeit ist für immer dahin. Unser Volk wird nicht länger zulassen, dass irgend jemand gleich welcher Hautfarbe es als reines Objekt behandelt. Jede zukünftige Regierung wird dem ganzen Volk verantwortlich sein, ansonsten wird es ihr gar nicht erlaubt zu regieren.

(Albert Nolan, Gott in Südafrika. Die Herausforderung des Evangeliums, Fribourg/Brig 1989, S. 171/174. Nolan zitiert die Freiheitscharta, die der Volkskongress schon am 26. Juni 1955 verabschiedet hat.)